



25. Juni 1986

1106

Zahlungsaufschub mit der Republik Guinea

Aufgrund des Antrages des EVD vom **11. Juni 1986**

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Republik Guinea wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen. Der Zinssatz für den zu konsolidierenden Betrag ist zu marktnahen Bedingungen festzulegen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Republik Guinea über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Protokollauszug an:			
☐ ohne / ☐ mit Beilage			
Nr. z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X	EDA	6	-
	EDI		
	EJPD		
	EMD		
X	EFD	7	-
X	EVD	15	-
	EVED		
X	BK	1	-
X	EFK	2	-
X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

ZUSAMMENFASSUNG

Guinea - Zahlungsaufschub

Die Wirtschaftslage Guineas, das zu den 36 ärmsten Ländern der Welt gehört, hat sich seit 1980 erheblich verschlechtert. Dank der aktiven Unterstützung der Weltbank, des IWF und der internationalen Gemeinschaft, sind diesem Land für 1986 und 1987 bereits finanzielle Mittel von über 150 Mio \$ in Aussicht gestellt worden. Das strukturelle Anpassungsprogramm der Weltbank zielt vor allem darauf ab, die gesamte Wirtschaft Guineas durch ein breitgefächertes Programm anzukurbeln. Nach Abschluss eines "stand-by arrangement" mit dem IWF über einen Betrag von 33 Mio \$, welches ein zusätzliches Reformprogramm vorsieht, entsprach der "Club de Paris" im April 1986 einem Umschuldungsbegehren der Regierung Guineas für garantierte kommerzielle Kredite, in Form der dafür üblichen Empfehlungen an die Regierungen der Gläubigerländer.

Der Bundesrat wird ersucht, das BAWI zu ermächtigen, mit Guinea eine bilaterale Vereinbarung über die Konsolidierung ERG-gedeckter Forderungen abzuschliessen. Entsprechend den Empfehlungen des Pariserklubs soll das Abkommen die Konsolidierung von Zahlungsrückständen (per 31. Dezember 1985) und Fälligkeiten (zahlbar zwischen dem 1. Januar 1986 und 28. Februar 1987) regeln, aus Krediten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr (Kapital und Zinsen) und die vor dem 1. Januar 1986 vertraglich vereinbart wurden. 5 % der Zahlungsrückstände sollen in drei gleich hohen Jahresraten je am 28.2.1987, 1988 und 1989 bezahlt werden. Die restlichen 95 % sind in 10 gleichen aufeinanderfolgenden Semesterraten zu begleichen, die erste fällig am 31.12.1990, die letzte am 30.6.1995. Was die Fälligkeiten anbetrifft, so sollen auch hier 5 % in drei Raten je am 28.2.1987, 1988 und 1989 bezahlt werden, die restlichen 95 % in 10 Semesterraten, die erste fällig am 31.1.1992, die letzte am 31.3.1996.

Für die Schweiz dürften sich die umzuschuldenden Forderungen auf rund 12 Millionen Franken belaufen. Der durchschnittliche ERG-Deckungssatz beträgt 70 %, sodass die ERG-Rechnung mit rund 8,4 Mio Franken belastet werden dürfte.

Die Antragstellung erfolgt einvernehmlich mit dem EDA und der Eidg. Finanzverwaltung.



2310.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Bern, den 11. Juni 1986

An den Bundesrat

Guinea - Zahlungsaufschub

Am 18. April 1986 befasste sich der "Club de Paris" mit einem Umschuldungsgesuch der Regierung von Guinea. Die Modalitäten für diesen Zahlungsaufschub wurden mit Vertretern des Schuldnerlandes in der üblichen Form von Empfehlungen an die Regierungen der betroffenen Gläubigerstaaten vereinbart.

1. Ausgangslage

Die Wirtschaftslage Guineas, das 1985 mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter \$ 300 zu den 36 ärmsten Ländern der Welt gehört, hat sich seit 1980 erheblich verschlechtert. Obwohl reich an Bodenschätzen wie Bauxit, Eisenerz, Gold, Diamanten sowie an landwirtschaftlichen Produkten (Kaffee, Bananen, Ananas, Palmöl), konnte das Land trotz reichlicher Wasservorkommen daraus nie entscheidenden Nutzen ziehen. Dank dem Export von Bauxit und Aluminiumoxyd, welche 98 % aller Exporterlöse ausmachen, konnte sich Guinea bisher finanziell knapp über Wasser halten, allerdings auf Kosten steigender Zahlungsrückstände. Alle übrigen Wirtschaftszweige haben sich in den letzten Jahren zurückgebildet. Die Landwirtschaft, welche 40 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) ausmacht und 80 % der Bevölkerung beschäftigt, wurde zur reinen Subsistenzwirtschaft. Die staatlichen Industriebetriebe arbeiteten mit Verlust und waren nur ungenügend ausgelastet.

Während das Zahlungsbilanzdefizit 1983 180 Mio \$ betrug, stieg die Aussenschuld Ende 1985 auf etwas mehr als 1,8 Mrd \$. Allein im Jahr 1986 würde der Schuldendienst ohne Umschuldung 162 Mio \$ ausmachen, was mehr als 80 % der Nettodeviseneinnahmen des Staates entspricht.

Seit dem Tode von Präsident Sekou Touré im März 1984, bemüht sich die neue Regierung intensiv, die wirtschaftliche Entwicklung Guineas in geordnete Bahnen zu lenken. Dank der aktiven Unterstützung der Weltbank, des IWF und der internationalen Gemeinschaft, sind ihr für 1986 und 1987 bereits finanzielle Mittel von über 150 Mio \$ in Aussicht gestellt worden. Das strukturelle Anpassungsprogramm der Weltbank, an deren Kofinanzierung auch die Schweiz beteiligt ist, zielt vor allem darauf ab, die Wirtschaft des Landes durch eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen in den Bereichen der Landwirtschaft, Bergbau und Energie anzukurbeln.

Die ersten Erfahrungen mit diesem Reformprogramm waren sehr ermutigend. Es bildet die Grundlage für ein 13monatiges "stand-by arrangement" des IWF über einen Betrag von 33 Mio \$, welches folgende Reformen vorgesehen hat:

- Abkehr von der Staatswirtschaft;
- eine Währungsreform begleitet durch eine Abwertung von 92 % und der Schaffung einer neuen Währung;
- Reprivatisierung oder Schliessung der Staatsgesellschaften;
- Liberalisierung des Handels und Restrukturierung der Aussenschuld;
- Schliessung aller staatlichen Handelsbanken, deren Plätze bereits teilweise durch ausländische Bankinstitute eingenommen wurden;
- Redimensionierung des Verwaltungsapparates;
- Abschaffung der Subventionen für Reis und Benzin;
- Förderung des freien Unternehmertums;
- Restrukturierung der Aussenschuld.

2. Konsolidierungsabkommen

Die Vereinbarung im Rahmen des "Club de Paris" erfasst die Konsolidierung von Forderungen im Betrag von rund 155 Mio \$. Der Antrag Guineas lautete auf eine Umschuldung zu 95 % aller mittel- und langfristigen Fälligkeiten bis Ende 1986 (einschliesslich der Zahlungsrückstände und der aufgelaufenen Verzugszinsen) über 10 bis 12 Jahre mit einer Karenzfrist von 5 bzw. 6 Jahren.

Eine Einigung kam schliesslich mit den folgenden, im "procès-verbal agréé" festgelegten Empfehlungen an die Gläubigerländer zustande: die Umschuldung umfasst die Zahlungsrückstände per 31. Dezember 1985, sowie die Fälligkeiten zwischen dem 1. Januar 1986 und 28. Februar 1987. Sie sind wie folgt im beigelegten Abkommensentwurf zwischen der Schweiz und Guinea berücksichtigt worden:

- Abkommensgegenstand bilden die Zahlungsrückstände per 31. Dezember 1985, sowie garantierte kommerzielle Fälligkeiten aus Krediten mit einer Laufzeit von über einem Jahr (Kapital und Zinsen), die in der Zeit vom 1. Januar 1986 bis 28. Februar 1987 zahlbar sind, und die vor dem 1. Januar 1986 vertraglich vereinbart wurden.

Die Gesamtsumme beläuft sich auf rund 12 Millionen Franken (Art. 1).

- Die in Artikel 1 erfassten Fälligkeiten (Kapital und Zinsen) und Zahlungsrückstände per 31. Dezember 1985 werden wie folgt innerhalb von 10 Jahren, einschliesslich einer Karenzzeit von 5 Jahren beglichen:

- Zahlungsrückstände: 5 % in drei gleich hohen aufeinanderfolgenden Jahresraten, die erste am 28. Februar 1987, die letzte am 28. Februar 1989. Die restlichen 95 % werden in 10 gleichen aufeinanderfolgenden Semesterraten beglichen, die erste am 31. Dezember 1990, die letzte am 30. Juni 1995.
 - Fälligkeiten: 5 % in drei gleich hohen aufeinanderfolgenden Jahresraten, die erste fällig am 28. Februar 1987, die letzte am 28. Februar 1989. Die restlichen 95 % sind in 10 gleichen aufeinanderfolgenden Semesterraten zu begleichen, die erste fällig am 31. Januar 1992, die letzte am 31. März 1996 (Art. 2).
- Die Zahlungen sind in Schweizerfranken zu leisten (Art. 3).
 - Der festzulegende Konsolidierungssatz ist zu marktnahen Bedingungen bilateral auszuhandeln (gegenwärtig bei 6 3/4 %) (Art. 4).
- Dasselbe trifft zu für Verzugszinse aus überfälligen Forderungen (Art. 5).
- Garantierte kommerzielle Fälligkeiten, die nicht unter dieses Abkommen fallen, sind sobald wie möglich zu begleichen, spätestens jedoch bis zum 30. Juni 1986 (Art. 6).
 - Artikel 7 enthält die Meistbegünstigungsklausel und Artikel 8 bestimmt, dass das Abkommen mit der Unterzeichnung in Rechtskraft tritt. Das Inkrafttreten bei Unterschrift hat den Vorteil, dass Verzögerungen und Unsicherheiten in der Abwicklung vermieden werden. Es ist zu erwarten, dass der Abkommenstext keine nennenswerten materiellen Änderungen erfährt, ansonst dieser dem Bundesrat vor einer Unterzeichnung erneut zur Genehmigung unterbreitet würde.

3. Auswirkungen auf die Schweiz

Gemäss BRB vom 14. Januar 1981 (unveröffentlicht) soll bei Schuldenkonsolidierungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierung mit Guinea wird daher in Form eines Zahlungsaufschubes abgewickelt werden. Dies bedeutet, dass die Exporteure nur mit einer Schadenvergütung entsprechend dem jeweiligen Deckungssatz der ERG rechnen können. Für den ERG-ungedeckten Teil haben sie selbst aufzukommen.

Die umzuschuldenden Forderungen belaufen sich auf rund 12 Millionen Franken. Unter den 12 westlichen Gläubigerländern befindet sich die Schweiz damit an siebenter Stelle. Der durchschnittliche ERG-Deckungssatz beträgt 70 %, sodass die ERG-Rechnung mit rund 8,4 Mio Franken belastet werden dürfte.

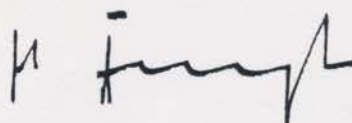
Der Bundesbeschluss vom 20. Juni 1980 über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen (SR 946.240.9) ermächtigt den Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen mit dem Ausland.

4. Aemterkonsultation

Im Rahmen der Aemterkonsultation sind die zuständigen Dienste des EDA und die Eidg. Finanzverwaltung begrüsst worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen:

Abkommensentwurf
Entwurf des Bundesratsbeschlusses

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EFD

Protokollauszug an:

- EVD (GS 5, BAWI 10)
- EDA
- EFD
- BK, zum Vollzug



Stellen

Abteilungsleiter

Stellvertreter des Bundesratspräsidenten

Zahlungsaufschub mit der Republik Guinea

Aufgrund des Antrages des EVD vom 11. Juni 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der vorgelegte Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Republik Guinea wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen. Der Zinssatz für den zu konsolidierenden Betrag ist zu marktnahen Bedingungen festzulegen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Republik Guinea über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Article premier

1. Le présent accord est conclu en vertu des pouvoirs conférés au Gouvernement suisse par la Constitution et la Loi fédérale sur le droit d'accéder aux traités, et conformément à l'article 12 de la Loi fédérale sur le droit d'accéder aux traités.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Les articles en principal et intérêts dus au 31 décembre 1985:

b) 95 % des montants en principal et intérêts dus, au 31 décembre 1987, et au 31 janvier 1988 et le 31 février 1987.

A c c o r d

entre le Gouvernement de la Confédération suisse et
le Gouvernement de la République de Guinée
concernant le rééchelonnement de dettes guinéennes

Le Gouvernement de la Confédération suisse
et
le Gouvernement de la République de Guinée

agissant conformément aux recommandations du procès-verbal
agréé signé le 18 avril 1986 à Paris entre représentants de
certains pays créanciers, dont la Suisse, et représentants
du Gouvernement guinéen,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1. Tombent sous les dispositions du présent Accord les dettes
guinéennes ci-après, résultant de crédits commerciaux con-
sentis au Gouvernement guinéen ou bénéficiant de sa garan-
tie, comportant initialement une durée de crédit supérieure
à un an, garantis par la Confédération et ayant fait l'ob-
jet d'un contrat conclu avant le 1er janvier 1986, soit:

- a) Les arriérés en principal et intérêts échus au 31 décembre
1985;
- b) 95 % des montants en principal et intérêts échus, ou
venant à échéance entre le 1er janvier 1986 et le 28
février 1987.

2. Le montant global des échéances s'élève à _____ millions de francs suisses. Les échéances ainsi concernées par cet Accord sont spécifiées dans une liste séparée faisant partie intégrante de cet Accord. Tout changement nécessite un accord réciproque.

Article 2

Les dettes de la Guinée déterminées à l'article premier seront remboursées comme suit:

1. En ce qui concerne les arriérés au 31 décembre 1985:

5 % en 3 paiements annuels égaux et successifs, le premier intervenant le 28 février 1987 et le dernier le 28 février 1989;

95 % en 10 paiements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant le 31 décembre 1990 et le dernier le 30 juin 1995.

2. En ce qui concerne les montants en principal et intérêts venant à échéance entre le 1er janvier 1986 et le 28 février 1987:

5 % en 3 paiements annuels égaux et successifs, le premier intervenant le 28 février 1987 et le dernier le 28 février 1989;

95 % en 10 paiements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant le 31 janvier 1992 et le dernier le 31 juillet 1996.

Article 3

Les paiements prévus dans le cadre de cet Accord se feront en francs suisses librement transférables par la
à Conakry à une banque suisse à désigner.

La fera parvenir une copie des ordres de paiement respectivement à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures à Berne ainsi qu'au Bureau de la garantie contre les risques à l'exportation à Zurich.

Le Gouvernement de la République de Guinée renonce à tout droits de compensation pour les montants exigibles en vertu du présent Accord. Il exécutera ponctuellement toutes les obligations prévues dans le présent Accord, indépendamment de toutes les objections qu'il peut avoir concernant le contrat de livraison conclu entre le créancier suisse et les débiteurs guinéens.

Article 4

Le Gouvernement de Guinée s'engage à payer un intérêt sur les soldes impayés des dettes. Cet intérêt sera calculé à partir de l'échéance contractuelle de ces dettes jusqu'à la date de leur paiement et sera versé semestriellement à la banque suisse à désigner, le 30 juin et le 31 décembre de chaque année, pour la première fois le . La comptabilisation se fera sous forme de compte courant tous les 6 mois.

Le taux d'intérêt sera de % par an.

Article 5

D'éventuels retards de paiements seront sujet à un intérêt de retard de % p.a., calculé à partir de la date des échéances fixées aux articles 2 et 4 du présent Accord jusqu'à l'entrée des fonds auprès de la banque suisse à désigner.

Ces intérêts de retard seront réglés à la banque suisse à désigner dans les meilleurs délais.

Article 6

Le Gouvernement guinéens s'engage à payer jusqu'au 30 juin 1986, au plus tard, les échéances dues et non-réglées, ne faisant pas l'objet du présent Accord.

Article 7

Le Gouvernement de la République de Guinée s'engage

- a) à accorder à la Suisse un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera à tout autre pays créancier pour le refinancement ou le rééchelonnement de dettes de termes comparables;
- b) à informer à cette fin le Gouvernement suisse des dispositions de tout accord de refinancement ou de rééchelonnement de dettes qu'il conclurait conformément à l'alinéa a) de cet article.

Article 8

Le présent Accord entrera en vigueur à la date des signature.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

Fait à _____, le _____, en deux exemplaires
en langue française.

25. Juni 1956

Pour le Gouvernement de la
Confédération suisse:

Pour le Gouvernement de la
République de Guinée:

Aufgrund des Antrages des EVO vom 6. Juni 1956

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Beschlossen

1. Die Vereinbarung zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Durchführung von Transporten zur Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft Luxemburgs und der Schweiz in Falle von Krieg oder Kriegsgefahr wird gutgeheissen.
2. Der Schweizer Botschafter in Luxemburg wird beauftragt, in Bezug des Bundesrates zu amtszeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Vollmacht zu erstellen.

Für getreuen Einsatz,
der Protokollführer:

Abteilung	Am	Ant	Stimm
ED			
EA			
EL			
EO			
EP			
EV			
EW			
EX			
EF			
FD			